

Düsseldorf, 27.06.2017

## **Globale Strukturkrise beim Stahl: Unfairen Handel bekämpfen – Marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse stärken**

*Position der Stahlindustrie in Deutschland zum G20-Gipfel am 7./8. Juli in Hamburg*

Die Stahlindustrie in Deutschland bewegt sich in einem außerordentlich herausfordernden internationalen Wettbewerbsumfeld: Der Weltstahlmarkt ist durch Überkapazitäten in einer Größenordnung von mehreren hundert Millionen Tonnen belastet, rund 60% davon alleine in China. Importe oftmals unterhalb der Herstellungskosten drängen weiterhin in den EU-Markt und unfaire Praktiken wie Dumping breiten sich auf den internationalen Stahlmärkten aus. Zudem ist der weltweite Handel mit Stahl durch eine Vielzahl von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen belastet. Mit dem handelspolitischen Kurswechsel der neuen US-Administration droht sich dieser Trend weiter zu verfestigen.

In diesem Umfeld sind gerade die wettbewerbsstarken Standorte in Deutschland darauf angewiesen, dass unfaire Praktiken geahndet und ein unverzerrter internationaler Wettbewerb so weit wie möglich erhalten werden kann. Die Hoffnungen ruhen gegenwärtig auf den G20, die im vergangenen Jahr im September auf dem Gipfel in Hangzhou ein globales Kapazitätsforum für Stahl eingerichtet haben, um nach gemeinsamen Lösungen für die Bewältigung der globalen Krise zu suchen. Nachdem das Forum unter deutscher Präsidentschaft inzwischen eingerichtet ist, geht es nun darum, konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Aus Sicht der Stahlindustrie sind mit Blick auf den Gipfel in Hamburg vor allem folgende fünf Punkte von zentraler Bedeutung:

- 1. Gegen Protektionismus – für offene Märkte:** Die Stahlindustrie in Deutschland setzt sich für einen freien Handel unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) ein. Umso besorgter ist sie über die gegenwärtigen Tendenzen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, mit vorgeschobenen sicherheitspolitischen Argumenten den eigenen Markt abzuriegeln. Abschottung darf jedoch nicht der Weg des größten Stahlimporteurs der Welt sein. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hofft, dass sich in Hamburg die wirtschaftspolitische Vernunft durchsetzt, ein klares Signal zugunsten von Offenheit gesendet und damit das multilaterale Handelssystem der WTO gestützt wird.
- 2. Unfaire Handelspraktiken intensiv bekämpfen:** Märkte können langfristig nur dann offen bleiben, wenn der internationale Handel auch fair ist, andernfalls verliert er seine Legitimation, auch bei den Menschen weltweit. Was fair ist und was nicht, ist durch die WTO geregelt. Dazu gehört insbesondere das Recht jedes Landes, sich vor ruinösen Dumpingstrategien ausländischer Unternehmen

schützen zu dürfen, sofern diese die heimischen Industrien substantiell schädigen. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hofft, dass die G20-Führer gegen unfaire Verhaltensweisen im internationalen Handel wie Dumping klar Stellung beziehen und sich dazu verpflichten, diese konsequent unter Beachtung der WTO-Regeln zu bekämpfen.

- 3. Multilaterale Lösungsansätze statt unilateraler Sonderwege:** Die Überkapazitäten beim Stahl sind ein globales Problem, das kein Land alleine lösen kann. Notwendig ist daher eine enge internationale Kooperation. Die Einrichtung eines globalen Kapazitätsforums für Stahl im September des vergangenen Jahres war daher der richtige Schritt. Dabei stehen vor allem die großen Akteure in der Verantwortung. Das betrifft insbesondere China, das für 75% der seit 2011 neu errichteten Stahlkapazitäten steht. Aber auch die anderen Länder müssen Sorge dafür tragen, dass Industrialisierungsstrategien bzw. struktureller Wandel nicht zu einem anhaltenden Missverhältnis von Angebot und Nachfrage in einzelnen Grundstoffindustrien führen.
- 4. Subventionen abbauen – marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse stärken:** Multilaterale Kooperation beim Stahl bedeutet nicht, dass in einem internationalen Forum festgelegt werden könnte oder sollte, welche Kapazitäten in den jeweiligen Regionen zu schließen sind. Notwendig ist vielmehr, marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse zu stärken, indem Subventionen und andere Formen von staatlicher Unterstützung abgebaut werden. Nur so können die wettbewerbsstarken Standorte überleben, ineffiziente Unternehmen ausscheiden und sich die globale Stahlindustrie nachhaltig weiterentwickeln. Auf dem Hangzhou-Gipfel wurde zwar erstmals von allen G20-Mitgliedern die schädliche Rolle von Subventionen anerkannt, konkrete Abbauschritte jedoch nicht näher definiert. Dies muss jetzt auf dem Hamburg-Gipfel nachgeholt werden.
- 5. Zentrale Rolle der Grundstoffindustrien für globale Wachstumsprozesse anerkennen:** Die Globalisierung wird gegenwärtig zunehmend hinterfragt. Die Fähigkeit, bei der Lösung der globalen Stahlstrukturkrise zusammenzuarbeiten, ist für die Regierungschefs der G20-Staaten auch eine Chance zu zeigen, dass sie die Herausforderungen der Globalisierung bewältigen können. Denn die Fehlentwicklungen beim Stahl stehen pars pro toto für die Gefährdungen auch in anderen Industriebranchen. Zudem ist die Stahlindustrie Basiswerkstoff für industrielle Wertschöpfungsketten. Ohne Fortschritte bei der Überwindung der globalen Stahlkrise wird die G20 auch keine Fortschritte bei dem Ziel erreichen, das Weltwirtschaftswachstum nachhaltig und inklusiv zu gestalten.